



Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW - 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE
18/1538**

A11

Oliver Krischer

01.09.2023

Seite 1 von 1

Aktenzeichen
bei Antwort bitte angeben

ROI Otto
Telefon 0211 4566-795
Telefax 0211 4566-388
janhendrik.otto@munv.nrw.de

Umsatzsteuer
ID-Nr.: DE 306 505 705

Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV (AMP)
Sitzung des Verkehrsausschusses am 06.09.2023

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

hiermit übersende ich Ihnen den erbetenen Bericht zum Sachstand zum
Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV mit der Bitte um Wei-
terleitung an die Mitglieder des Verkehrsausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Krischer

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Emilie-Preyer-Platz 1
40479 Düsseldorf
Telefon 0211 4566-0
Telefax 0211 4566-388
poststelle@munv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien U78 und U79
oder Buslinie 722 (Messe)
Haltestelle Nordstraße



**Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Sitzung des Verkehrsausschusses des Landtags
Nordrhein-Westfalen am 06.09.2023

Schriftlicher Bericht

Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV (AMP)

Der im Bundeskoalitionsvertrag vorgesehene Ausbau- und Modernisierungspakt wird fortlaufend von der mit Beschluss der Sonder-VMK vom 23. Februar 2022 eingesetzten Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Einbezug der kommunalen Spitzenverbände erarbeitet. In den eingesetzten Unterarbeitsgruppen konnte bislang ein Zielbild für den ÖPNV 2030 entworfen sowie Transparenz über die Verwendung der Regionalisierungs- sowie eigener Mittel der Länder für den ÖPNV hergestellt werden. Ebenso konnte Transparenz über die kommunalen Finanzierungsanteile am ÖPNV hergestellt werden. Das Zielbild für den Ausbau- und Modernisierungspakt besteht aus sechs strategischen Zielen, denen jeweils einzelne Maßnahmen zur Zielerreichung zugeordnet sind. Hierzu zählen neben dem Angebotsausbau (Strategisches Ziel 1) auch eine Modernisierung von Infrastruktur und Fahrzeugflotten (Strategisches Ziel 2) und die Stärkung einer ÖPNV-Kultur sowie die Attraktivierung der Tarife (Strategische Ziele 3 und 4). Die Finanzierung des ÖPNV sowie die Digitalisierung bilden die strategischen Ziele 5 und 6 für den Ausbau- und Modernisierungspakt. Mit der Einführung des Deutschlandtickets wurde im Hinblick auf das Strategische Ziel 4 „Attraktive Tarife“ bereits ein Meilenstein erreicht, an dem sich die Landesregierung mit einer hälftigen Finanzierung beteiligt. Für das Jahr 2023 hat die Landesregierung hierfür 280 Mio. Euro Landesmittel bereitgestellt und wird außerdem hälftig mit dem Bund etwaige Mehrkosten durch das Deutschlandticket tragen. Auch für das Jahr 2024 plant die Landesregierung 280 Mio. Euro Landesmittel für das Deutschlandticket im Haushaltsentwurf des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr ein.

Die Verkehrsministerkonferenz hat im Frühjahr 2023 betont, dass die Arbeiten zur Vorbereitung als auch zur Umsetzung des Ausbau- und Modernisierungspakts von den Ländern als ein gemeinsamer Prozess verstanden werden. Hierzu zählt auch die Finanzierung der gemeinsam erarbeiteten Zielsetzungen. Grundlage für die Ermittlung des Finanzierungsbedarfs des Ausbau- und Modernisierungspakts sowie die sich hieran anschließende Betrachtung der hierfür erforderlichen Finanzierungsbeiträge von Bund, Ländern und Kommunen und deren Verhältnis werden derzeit in einer Unterarbeitsgruppe erörtert.

Erste Grundlage für die Diskussion über den Finanzierungsbedarf im ÖPNV war das vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) beauftragte Leistungskostengutachten von Roland Berger aus dem Jahr 2021. Die Ergebnisse liegen vor.

Die im vergangenen Jahr vom BMDV zur Bewertung des VDV-Leistungskostengutachtens durch die Firma Ramboll erstellte Studie zu den Betriebskosten im ÖPNV bis 2031 ist zwischenzeitlich fertiggestellt worden. Der UAG Finanzierung wurden die Ergebnisse im Rahmen einer Präsentation in der Sitzung am 20.07.2023 vorgestellt. Ein Kurzbericht wurde den Mitgliedern der Bund-Länder-Arbeitsgruppe am 09.08.2023 zur Verfügung gestellt, muss jedoch bislang von den Beteiligten vertraulich behandelt werden. Das vollständige Gutachten wurde noch nicht übermittelt.

Wie bereits das VDV-Leistungskostengutachten weist auch die Ramboll-Studie nur Ausgaben für den Betrieb aus. In den jeweiligen Szenarien gehen beide Untersuchungen von unterschiedlichen Entwicklungen für den zukünftigen Aufwuchs der ÖPNV-Betriebsleistungen aus und berücksichtigen dabei nicht die Umsetzung des in der UAG 1 entwickelten Zielbildes. Somit sind die dort ausgewiesenen Finanzierungsbedarfe aus Sicht der Länder und kommunalen Spitzenverbände insbesondere um Mittelbedarfe für Investitionen z. B. für den Aus- und Neubau der Infrastruktur und zur Herstellung der Barrierefreiheit zu ergänzen. Darüber hinaus lassen die vorliegenden Teilergebnisse der Ramboll-Studie aus Sicht der Vertreterinnen und Vertreter der Länder und kommunalen Spitzenverbände Unzulänglichkeiten erkennen. Daher ist die Vorlage des Kurzberichtes und der Langfassung der Studie auch zur Weitergabe an die Branchenverbände aus Sicht der Länder und kommunalen Spitzenverbände unerlässlich. Denn die Ergebnisse müssen zur Feststellung des möglichst von allen Beteiligten mitgetragenen Finanzierungsbedarfs mit den Ergebnissen des vom VDV vorgelegten Leistungskostengutachtens abgeglichen werden können. Dies ist Voraussetzung, um dann im nächsten Schritt den Finanzierungsbedarf im investiven Bereich für den Neu- und Ausbau der Infrastruktur und der Barrierefreiheit und weiterer Punkte zur Umsetzung des Zielbildes zu ergänzen, damit der Gesamtfinanzierungsbedarf festgestellt werden kann.

Die Landesregierung wird ihre aktive Beteiligung an den Arbeiten zum Ausbau- und Modernisierungspakt weiter fortsetzen. Nach der Unterzeichnung des Pakts erwartet sie eine weitere Erhöhung der Regionalisierungsmittel zur Umsetzung des für die Klimaziele des Bundes notwendigen Angebotsausbau im ÖPNV.